Nummer 515

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 12 Mark, monatlich 4 Mark, für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 36 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 5gespaltene Zeile 2.00 Mk. Reklamezeile 6 Mk.
Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinstschein-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgem. Versorgungsstiften mit Reichsanzeiger, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten
Die Zeitung erscheint 1. d. Woche dreizehnmal
Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352 | Dienstag, 11. November 1919 | Fernsp. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 15 Pf.

Das Gesamtergebnis der oberschlesischen Wahlen.

Beuthen, 10. November.

Das Gesamtresultat der oberschlesischen Gemeinderatswahlen (Stadtverordneten) läßt sich dahin zusammenfassen, daß Zentrum und Mehrheitssozialisten große Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dagegen die Polen überall mit Stimmenzuwachs rechnen können, besonders in den Landgemeinden. Die Wahlbeteiligung betrug zumeist 60 %, selten darüber. In Myslowitz wurden gewählt 16 Polen und 14 Deutsche, in Kattowitz 33 Deutsche und 8 Polen, in Beuthen 39 Deutsche und 15 Polen, in Gleiwitz 34 Deutsche und 11 Polen, in Königshütte 31 Deutsche und 20 Polen, in Laurahütte 7 Deutsche und 6 Polen, in Hindenburg dagegen 21 Polen und 15 Deutsche.

Keine neue Streikgefahr im schlesischen Industriegebiet.

Breslau, 10. November.

Die Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westposen teilt mit: Infolge der ständig zunehmenden Teuerung zeigt sich bei der Arbeiterschaft im oberschlesischen Zentralindustrierevier das Bestreben nach Lohnaufbesserung. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften befaßt sich daher schon seit einiger Zeit mit der Sammlung und Prüfung der für die neuen Tarifverhandlungen erforderlichen Unterlagen. Auch beim oberschlesischen Arbeitgeberverbande für Bergbau und Hüttenbetrieb widmet man den Vorarbeiten für die Tarifverhandlungen das größte Interesse.

Gegenüber verschiedenen Alarmnachrichten, die von einem neuen Streikfieber, einer Gärung der Arbeiterschaft und ähnlichem mehr zu berichten wußten, muß festgestellt werden, daß von derartigen Erscheinungen nicht die Rede sein kann. Es darf erwartet werden, daß die Auseinandersetzungen zwischen den berufenen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in ruhiger und sachlicher Weise die Interessen der beteiligten Parteien wahren und damit auch die gerade in der letzten Zeit in so erfreulicher Weise gesteigerte Produktion im oberschlesischen Industriegebiet weiterhin günstig beeinflussen werden.

Der Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Wie wir hören, findet am 21. November in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Einzelstaaten über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge statt. Bekanntlich soll das jetzige System unproduktiver Erwerbslosenunterstützung abgeändert werden. Man will an ihre Stelle die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge setzen.

Ein scharfes Zeitungsverbot.

Berlin, 10. November.

Amtlich.

Im Montag-Morgenblatt der „Vossischen Zeitung" schreibt deren Chefredakteur Georg Bernhard, nachdem er die formelle Berechtigung Frankreichs, die deutschen Kriegsgefangenen zurückzuhalten, anerkannt und die Zurückbehaltung bei mehr objektivem Denken als durchaus verständlich erklärt hat, folgenden Satz: Der Erfolg ist, daß die deutsche Regierung, die gerade in der Gefangenenfrage ein unerhörtes Maß von Schuld gegen die eigenen Landeskinder auf sich geladen hat, die ganze Schuld allein auf Frankreich abwälzt." Die Behauptung schließt ein solches Maß bewußter Verleumdungen in sich und enthält eine so ungeheuerliche Beschimpfung, daß die Reichsregierung einstimmig beschlossen hat, diese an Landesverrat grenzende Unwahrheit zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und damit an den Pranger zu stellen. Die „Vossische Zeitung" hat die äußerste Aufregung in die hunderttausende von Angehörigen der Kriegsgefangenen getragen und die innere Ordnung aufs schwerste gefährdet. Ihr Erscheinen ist daher nach dieser Verantwortungslosigkeit auf drei Tage untersagt worden.

Belgien verurteilt die deutschen Kinder zum Tode.

Brüssel, 9. November.

Die Brüsseler „Gazette" bespricht die Anwesenheit der deutschen Delegierten in London und die Frage des Milchmangels, die dort zur Verhandlung kam und bemerkt zum Schluß wörtlich: „Und warum sollen wir die Wiederbevölkerung Deutschlands wünschen, dessen Überbevölkerung die Kriegsursache gewesen ist. Deutschland ist, wie es jetzt ist, bevölkert genug. Ein Überschuß an Bevölkerung in Deutschland wird immer eine Gefahr für die Welt bedeuten."

Unerträgliche französische Militärexzesse.

Ein Schüler des Gymnasiums in Pirmasens hatte die Frau des dortigen französischen Kontrolloffiziers auf dem Bürgersteig versehentlich angestoßen. Der Kontrolloffizier verlangte für dieses Verbrechen schwere Genugtuung, und tatsächlich erhielt er von seiner vorgesetzten Behörde folgendes Schreiben:

„An den Herrn Hauptmann Coulon, Bezirkskontrolleur von Pirmasens.

Anbei folgt das dortige Schreiben vom 28. Oktober zurück. Im Falle der Wiederholung haben Euer Hochwohlgeboren zur Im Gesicht des jungen Mannes, der Ihre Frau stößt, Ihren Stock zu zerbrechen und den Leiter der beteiligten Unterrichtsanstalt unverzüglich vor das französische Kriegsgericht stellen zu lassen. Ich werde dafür sorgen, daß die Verurteilung äußerst streng sein wird. Gezeichnet (Name), Französische Rheinarmee, Kontrolleur der Pfalz."

Anläßlich der Eröffnung der Straßburger Universität am 22. November wird, wie die „Dena" erfährt, Poincaré eine bedeutsame Rede halten. Die holländischen Studenten, denen eine Einladung zur Eröffnungsfeier zugegangen war, hatten nun die Teilnahme abgelehnt, da ihnen der neutrale Charakter der Eröffnungsfeier zweifelhaft erschien. Auf diese Ablehnung hin erhielten sie vom Generalkommissar des Kongresses eine Antwort, die von Beleidigungen strotzte und u. a. den Vorwurf erhob, daß Holland dem größten Verbrecher der Weltgeschichte Gastfreundschaft gewähre.

Die Einheitsfront gegen die Reichszerstörer.

TU Schluß, 10. November.

Sämtliche politische Parteien, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, des Wahlkreises Köln-Aachen haben sich auf eine Entschließung gegen alle offenen oder versteckten Loslösungsbestrebungen geeinigt, in der alle Teilnehmer an derartigen Bewegungen zum Austritt aus den Parteien der Kundgebung aufgefordert werden. Gegenseitig haben sich die Parteien verpflichtet, keinen Ausgetretenen oder Ausgeschlossenen als Mitglied aufzunehmen. Das Zentrum ist als einzige Partei dem Beschluß nicht beigetreten.

Zeitungsstreik in Paris.

Paris, 10. November.

Die Maschinensetzer der Zeitungen, die Korrektoren und die Arbeiter halten heute eine Versammlung ab, in welcher die Antwort der Direktoren auf das Gesuch um Teuerungszulagen mitgeteilt werden wird. Die Drucker hatten schon vorher eine Generalversammlung abgehalten. „Oeuvre" sagt, es sei fraglich, ob die Pariser Zeitungen morgen erscheinen würden.

Konflikt zwischen Reichskohlenkommissar und Eisenbahnminister.

„Flucht in die Oeffentlichkeit".

Zwischen dem Kohlenkommissar Stutz und dem preußischen Eisenbahnminister Oeser hat sich ein recht peinlicher Ressortstreit entwickelt, der indessen auch für die Allgemeinheit nicht ohne ein gewisses Interesse ist, da er bereits unangenehme praktische Folgen gehabt zu haben scheint. Es handelt sich dabei um die Behauptung, daß der Kohlenkommissar zu Unrecht pein

Berlin sind darauf zurückzuführen, daß der Wasserweg nicht entsprechend ausgenutzt wird. Wie sehr das Einvernehmen zwischen dem preußischen Eisenbahnministerium und dem Kohlenkommissar zu wünschen übrig läßt, beweist die Meldung aus dem Ruhrgebiet, daß jetzt (es ist das der erste Fall) dort mehr Wagen für den Kohlentransport vorhanden sind, als Kohle im Augenblick verfügbar ist. Auf der anderen Seite aber klagt die Lausitz über zu geringe Wagengestellung. Es wäre im eminenten Interesse der Allgemeinheit, wenn das preußische Eisenbahnministerium vor jeder größeren Wagenverschiebung sich mit dem Kohlenkommissar in Verbindung setzte, um das Leerstehen von Wagen zu vermeiden. Nach dem Betriebszwangsgesetz für Eisenbahndienstkohle darf das Eisenbahnministerium auf den Zechen mit einigen wenigen Ausnahmen fast alle Kohlen für sich mit Beschlag belegen. Diese Verfügung wurde aber bisher nie zu dem Zwecke ausgenutzt, um Kohle zu erhalten, da ja Kohle auf den Zechen immer zur Verfügung der Eisenbahn stand, sondern auf Grund ihrer wurden Eisenbahnwagen, die mit Kohle beladen für einen anderen Zweck bestimmt waren, für die Eisenbahn in Anspruch genommen. Auch dieser Beschlagnahmerecht war eine Konzession des Kohlenkommissars an das Eisenbahnministerium. Nur im innigsten Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Stellen können wir über die Kohlennot hinwegkommen, durch die insbesondere Süddeutschland schwer betroffen ist. Allein durch den Stillstand der Stuttgarter Elektrizitätswerke sind 80 000 Arbeiter seit drei Wochen zum Feiern gezwungen.

Gleichzeitig hat aber der Eisenbahnminister Oeser in der heftigen Sitzung der Preußischen Landesversammlung mit der Beschlagnahme der nötigen Kohlenvorräte gedroht, wenn sich die Verhältnisse nicht sofort bessern. (Siehe den Parlamentsbericht auf der zweiten Seite.)

Erhöhung der Kohlenzuweisungen an die Eisenbahner.

An den Kohlenkommissar in Essen a. Ruhr ist folgende Weisung ergangen: Den rigorosen Einschränkungsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung muß unter allen Umständen schleunige Erhöhung der Dienstkohlenbestände folgen. Ich ordne deshalb an, daß mit sofortiger Wirkung das Arbeitstägliche Soll der preußischen Staatsbahn von 24 000 auf 27 000 Tonnen erhöht wird, und volle Lieferung sofort einsetzt. Die anderen Bahnen sind entsprechend zu beliefern. Hinter der Lieferung von Eisenbahndienstkohlen haben mit Ausnahme von Ententekohlen, Streden- und Hafenlieferungen nach Süddeutschland und Bunkerkohlen alle anderen Lieferungen zurücktreten, auch der Selbstverbrauch der Hüttenzechen. Ich erwarte, daß der verfügbare Rest so verteilt wird, daß schwerste Schäden nach Möglichkeit vermieden werden, übernehme aber im übrigen meinerseits volle Verantwortung für meine Anordnung.

Stutz, Reichskohlenkommissar.

Wilson unterwirft sich der Opposition.

Versailles, 9. November.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris" in Washington meldet vom 7. November, Wilson haben zum ersten Male mit Senator Hitchcock über die durch die Opposition gegen den Friedensvertrag geschaffene Lage verhandelt. Er habe sich bereit erklärt, die Entscheidungen anzunehmen, die Hitchcock und seine demokratischen Kollegen treffen würden, um zu einem Kompromiß in bezug auf die zu votierenden Vorbehalte zu kommen. Der Präsident wolle gern Vorbehalte annehmen, wenn sie nicht das Funktionieren des Vertrages und des Völkerbundes beeinträchtigen. Hitchcock habe erklärt, der Kampf im Senat werde lang sein und werde vielleicht in eine Sackgasse führen, aus der man nur dadurch herauskommen könne, daß man ein Kompromiß abschließe, dessen Abschluß jedoch viel Zeit und Geduld erfordern werde. Der Sonderberichterstatter meint, es sei fast ausgeschlossen, daß man zu einem endgültigen Ergebnis über den Vertrag noch in dieser Session, die Ende des Monats zu Ende gehe, kommen werde.

Minister Heine dementiert sich.

Berlin, 10. November.

Ein Mitarbeiter des W. T. B. hat Gelegenheit genommen, mit dem Minister des Innern über dessen Rede vor seinen Dessauer Wählern zu sprechen. Der Minister wies zunächst darauf hin, daß der von der Telegraphenunion verbreitete Bericht in den Berliner Mittagsblättern eine sensationell aufgemachte Zusammenstellung von willkürlich aus einer fast zweistündigen Rede herausgegriffenen und dabei noch keineswegs immer zutreffend wiedergegebenen Sätzen sei.

Im weiteren Verlauf seiner Rede hat Minister Heine die Bedeutung der Einzelstaaten erörtert und die Notwendigkeit ihrer Fortgeltung mit den Kulturaufgaben begründet, die sie allein erfüllen können. Dabei wurde betont, daß die Durchführung dieser Aufgaben bei der Ausführung des Erzbergerschen Finanzprogramms nicht möglich sein würde. Es zeige sich, daß übereifrige Berichterstattung wieder einmal weit über das Ziel hinausgeschossen und ganz unnötig „Konfliktsstimmung" gemacht hat.

Neue Ostpolitik der Entente?

Der Zusammenbruch der Offensive des Generals Judenitsch ist für die Welt eine Überraschung. Der Angriff war der Moskauer Regierung so unvorbereitet gekommen und von den Engländern so kräftig unterstützt, daß der Erfolg sicher schien. Die Niederlage der Angreifer muß zu den ernstesten Erwägungen Anlaß geben. Man hat nicht nur im Hauptquartier des Generals Judenitsch, sondern auch in London die Widerstandskraft der roten Armee und Sowjetrußlands ganz gewaltig unterschätzt. Erst jetzt, nach geschlagener Schlacht, läßt sich überblicken, welches Maß von Energie und Organisation auf bolschewistischer Seite aufgebracht worden ist, um den Schlag der Entente zu vereiteln. Mit beispiellosser Schnelligkeit wurden die Verstärkungen von der Kaltschakfront auf unermeßlich langen Schienenwegen nach Petersburg geworfen und mit einer strategischen Kunst eingesetzt, die das siegreiche Heer der Angreifer in die äußerste Gefahr der Umzingelung versetzte. Wir Deutschen wissen aus Erfahrung, wie ungeheuer mannigfaltig der Verwaltungsapparat ist, der funktionieren muß, um derartige Verschiebungen vorzunehmen. Der Kampf um Petersburg zwingt zu der Annahme, daß die Heimatfront der Sowjetrepublik ebenso glänzend organisiert ist, wie es die deutsche im Kriege war.

Diese Annahme wird bestätigt durch den nunmehr im Wortlaut vorliegenden Bericht des Amerikaners Bullitt. Bekanntlich hatte Bullitt im Februar dieses Jahres im Auftrage der Entente eine Informationsreise nach Rußland unternommen, um aus eigener Anschauung die Zustände in der blockierten Republik kennen zu lernen. Der Bericht, den er in Paris vorlegte, war derart, daß Wilson im Einverständnis mit Lloyd George es im Hinblick auf die politische Konstellation und auf die Notwendigkeit, das Prestige des Imperialismus unter allen Umständen zu erhalten, es für richtig hielt, den Bericht zu unterdrücken und Herrn Bullitt mundtot zu machen. Auch Bullitts offener Brief an Wilson konnte daran nichts ändern. Nun veröffentlichte vor einigen Tagen die Londoner Wochenschrift „The New Statesman" den Wortlaut des Berichtes. Er ist in der Tat der beredteste Kommentar zu den letzten Ereignissen vor Petersburg. Zugleich erhellt aus ihm, wie sehr den führenden Staatsmännern der Entente daran gelegen haben muß, den Bericht zu unterdrücken. Die wichtigste Feststellung des Berichtes ist die Mitteilung, daß die hinter Lenin stehende Kommunistische Partei sich stark nach rechts orientiert hat. Blockade und Intervention haben dazu geführt, daß hinter ihr in außenpolitischer Beziehung die Parteien der Rechts-Sozialrevolutionäre und der Menschewiki stehen. Die innenpolitische Stellung der Kommunistischen Partei wird ferner dadurch charakterisiert, daß links von ihr die Anarchisten und die Links-Sozialrevolutionäre stehen, die beide gegen die Kommunisten genau dieselben Vorwürfe richten, die die deutschen Radikalen gegen die Rechtssozialisten erheben: Unterstützung des Kapitalismus, weil bürgerliche Ingenieure und Beamte den Wiederaufbau leiten, Unterstützung des Militarismus, weil bürgerliche Offiziere die roten Armeen zum Siege führen. Bullitt berichtet über das soziale Leben:

Die Revolution hat die Periode des Niederreißens und der Zerstörung bereits überwunden und die Regierung hat sich mit aller Kraft an die große Aufgabe des Wiederaufbaues gemacht. Das Schreckensregiment hat aufgehört. Den außerordentlichen Kommissionen, die zur Unterdrückung der Gegenrevolution eingesetzt waren, ist jede richterliche Macht genommen worden und sie haben nur das Recht der Anklage gegenüber den Gegenrevolutionären, die aber von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden. Die Vollstreckungen der Todesstrafe sind außerordentlich selten geworden. Die öffentliche Ordnung ist wieder hergestellt. In den Straßen herrscht Sicherheit und das früher beständige Gewehrfeuer hat aufgehört. Diebstähle sind sehr wenig zu verzeichnen. Das Leben in der Familie hat sich durch die Revolution in keiner Weise verändert. Die Theater wie auch die große Oper mit ihrem Ballett haben ihre Vorstellungen wie zu Friedenszeiten wieder aufgenommen. Überall in Rußland sind Tausende von neuen Schulen eingerichtet und eröffnet worden. Es scheint, daß die Sowjet-Regierung in anderthalb Jahren mehr für den Unterricht des Volkes getan hat, als die zaristische Regierung in fünfzig Jahren.

Nach langen Verhandlungen mit Lenin ist der Amerikaner dann bekanntlich zu der Überzeugung gekommen, daß kriegerische und wirtschaftliche Maßnahmen gegen Rußland unfruchtbar seien und daß eine friedliche Verständigung mit der Moskauer Regierung herbeigeführt werden müsse und könne. Er faßt seine Ansicht hierüber in folgenden Schlußfolgerungen zusammen:

1. Keine nichtsozialistische Regierung kann sich heute in Rußland halten, es sei denn, daß sie durch fremde Bajonette gestützt würde, und sie muß unweigerlich zusammenbrechen, sobald ihr diese Stütze entzogen wird. Die kommunistische Partei Lenins ist heute so gemästet als irgend eine andere sozialistische Regierung, die Rußland leiten könnte.

2. Weder in Europa noch in der ganzen Welt kann ein wirklicher Friede hergestellt werden, bevor man nicht den Frieden mit der russischen Revolution gemacht hat. Die Vorschläge der Sowjet-Regierung gestatten einen Friedensschluß mit der Revolution auf einer durchaus gerechten und vernünftigen Basis.

3. Wenn die Blockade aufgehoben wird und Existenzmittel in ordentlicher Weise an das sowjetistische Rußland geliefert werden, so kann ein viel wirksamerer Einfluß auf das Volk ausgeübt werden, als mit Hilfe der Blockade; denn die Bevölkerung würde immer fürchten müssen, daß ihr die Zufuhr wieder abgeschnitten wird. Außerdem werden diejenigen Parteien, die den Kommunisten grundsätzlich oppositionell gegenüberstehen, aber augenblicklich gemeinsame Sache mit ihnen machen, dann in der Lage sein, den Kampf gegen sie aufzunehmen.

4. Ich empfehle daher ehrerbietigst, daß so bald als irgend möglich ein Vorschlag gemacht

SEALPELZ.
Die schönsten
SEALMÆNTEL
f. Damen u. vornehme
SEALPELZE
für Herren,
Gelegenheiten,
feinste Felle, beste Verarbeitung, mod. Formen, in großer Auswahl vorrätig.
Blauer Bazar,
Kaiser-Wilhelm-Str. 16.
Amt Alexander 1147.

Gelegenh. i. Pelzmoden.
Eleg. Maßanfertigung
schnell, gut und billig.
Sie finden, was Sie suchen.
(21080-ab)

Theater, Konzerte usw.
Spielplan für Dienstag, den 11. November.

Opernhaus.
284. Abonnem.-Vorstellung.
7 Uhr: Mignon.

Schauspielhaus.
245. Abonnem.-Vorstellung:
7 Uhr: Brandl.
Direkt.: Max Reinhardt.

Deutsches Theater.
7½ Uhr: Jakobs Traum.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Dir.: Victor Barnowsky.

Lessing-Theater.
7 Uhr: Fräulein Julie.
Hierauf: Der grüne Kakadu.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Cyrienne.
Dir. Meinhard-Bernauer

Theater i. d. Königgr. Str.
7½ Uhr: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus.
7½ Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Bummelstudenten.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Paul Lange und Tora Parsberg.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7 Uhr: Maskerade.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.

Deutsches Opernhaus.
7. Hoffmanns Erzählungen
11. Die Tribüne.
7½ Uhr: Die Wandlung.

Eden-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
7½ Uhr: „U. A. w. g."

Friedr.-Wilhelmstädt. Th.
7½ Uhr: Gretchen.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Er kann nicht befehlen.

Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: Helden.

Komische Oper.
7½ Uhr: Liebeszauber.

Lustspielhaus.
7½ Uhr: Arnold Rieck in Der Großstadt-Kavalier.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.

Neues Operettenhaus.
7½ Uhr: Die Dame vom Circus.

Schiffer-Theater Charl.
7½ Uhr: Der Meineidbauer.

Thalia-Theater.
7½ Uhr: Jungfer Sonnenschein.